Stadt Wuppertal
Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage	Geschäftsbereich	Stadtgrün, Mobilität, Umwelt und Geodaten
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 104 - Straßen und Verkehr
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Daniela Kranz 563 5398 daniela.kranz@stadt.wuppertal.de
	Datum:	16.10.2023
	Drucks.-Nr.:	**VO/1076/23** öffentlich

Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
21.11.2023	**BV Ronsdorf**	**Empfehlung/Anhörung**
05.12.2023	**Ausschuss für Verkehr**	**Entscheidung**

Verbesserung der Verkehrssicherheit Remscheider Straße Höhe Hausnummer 60

Grund der Vorlage

Verbesserung der Verkehrssicherheit für den Fuß- und Radverkehr in der Remscheider Straße

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Verkehr beschließt, das Gehwegparken unter Wegfall eines Parkplatzes auf die Fahrbahn zu verlagern.

Einverständnisse

entfällt

Unterschrift

Meyer

Begründung

Auf dem Gehweg an der Remscheider Straße in Höhe der Hausnummer 60 vor dem Geschäft „Autoteile Störker“ befindet sich ein durch Pflastersteine kenntlich gemachter Parkstreifen für vier Pkws. Zwei Stellplätze sind als Ladezone für das Geschäft von montags bis freitags von 9 bis 14 Uhr durch eine Beschilderung freigehalten.
Auf der Straße befindet sich ein Schutzstreifen für den Radverkehr, der direkt an den Parkstreifen grenzt. Die Situation wird in Anlage 01 verdeutlicht.

Der Verwaltung liegen mehrere Anfragen hierzu vor. Stehen auf dem Parkstreifen Pkws, so ragen diese auf den Schutzstreifen für den Radverkehr. Dadurch werden Radfahrende auf die Fahrbahn gedrängt, was zu Gefahrensituationen führen kann.
Der Parkstreifen hat nur eine Breite von 1,60 m und entspricht damit nicht den vorgegebenen Maßen von mindestens 2,00 m.
Zudem ergibt sich eine Restgehwegbreite von 0,80 m, sobald Pkws den Parkstreifen nutzen.
Die Verwaltung sieht hier Handlungsbedarf, da durch das halbachsige Parken sowohl der Radverkehr gefährdet wird, als auch der Fußverkehr durch eine viel zu schmale Restgehwegbreite behindert wird.
Die Verwaltung hat den Sachverhalt geprüft und in einer Sitzung vom „Team Verkehrssicherheit“, welches aus Vertretern verschiedener Fachabteilungen der Stadtverwaltung, Vertretern der Polizei „Direktion Verkehr“ sowie Vertretern der WSW besteht, thematisiert und über eine Verbesserung der Verkehrssicherheit beraten.

Die Verwaltung empfiehlt das Gehwegparken unter Wegfall eines Parkplatzes auf die Fahrbahn zu verlagern. Dadurch wird der Gehweg in dem Bereich vor dem Geschäft durchgehend auf ca. 2,40 m verbreitert. Durch diese Maßnahme fällt ein Parkplatz weg, aber die Ladezone für das Geschäft bleibt erhalten. Die Linksabbiegespur wird verkürzt, was als unproblematisch angesehen wird.
Der Schutzstreifen für den Radverkehr beginnt dann erst nach dem Geschäft. Der Plan ist in Anlage 02 beigefügt. Es soll zudem geprüft werden, ob Radbügel auf der freien Fläche vor der Ladezone installiert werden können. Sollte die Prüfung positiv ausfallen, wird es hierzu eine separate Drucksache geben.

Klimacheck

Hat das Vorhaben eine langfristige Auswirkung auf den Klimaschutz und/oder die Klimafolgenanpassung?

☐ neutral /nein

x ja, positive Auswirkungen

Förderung der emissionsfreien Mobilität.

☐ ja, negative Auswirkungen

Begründung: Verbesserung der Verkehrssicherheit für die Nahmobilität.

Kosten und Finanzierung

Die erforderlichen Finanzmittel in Höhe von ca. 2000 € stehen im Teilfinanzplan 2023 im PSP - Element 4.205.401.501.001 (Verkehrssicherheit) zur Verfügung.

Zeitplan

Die Umsetzung der Maßnahme kann nach Beschluss und je nach Wetterlage umgesetzt werden.

Anlagen

Anlage 01 – Verdeutlichung der Situation
Anlage 02 - Plan